

# Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

26. Jahrgang Nr. 12/2018

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €

**DIE LINKE.**

**DIE LINKE.**

**DIE LINKE.**



## **LINKE FÜR DIE LANDTAGSWAHL AUFGESTELLT**

Wahlprogramm wird weiter diskutiert.

Am Samstag, dem 24.11.2018, haben die vogtländischen LINKEN im Reichenbacher Neuberinhaus ihre Direktkandidaten für die Landtagswahl 2019 nominiert. 53 Genossinnen und Genossen wollten mitbestimmen, wer für DIE LINKE zur Landtagswahl am 1. September 2019 antritt.

Aktuell hat DIE LINKE im Vogtland mit Janina Pfau eine Abgeordnete im sächsischen Landtag. Die LINKEN schicken Maik Schwarz (Wahlkreis 1 / Plauen), Janina Pfau (Wahlkreis 2 / Oelsnitz und Oberland), Kai Grünler (Wahlkreis 3 / Göltzschtal) und Lars Legath (Wahlkreis 4 / Reichenbach und Umland) ins Rennen um die Direktmandate

im Vogtland. Gegenkandidaten hatten die Bewerber keine. Gewählt wurden die Kandidaten mit 98 % Maik Schwarz, 87 % Janina Pfau, 72 % Kai Grünler und Lars Legath mit 91 %.

Im Anschluss wurde noch ein Kreisparteitag durchgeführt. Neben Delegiertenwahlen für Landesparteitag und Landesrat stand auch das Wahlprogramm zur Kreistagswahl auf der Tagesordnung. Da sich einige der Teilnehmer mit der Fülle an Änderungsanträgen überfordert sahen, vertagte jedoch die Versammlung die Entscheidung auf den nächsten Kreisparteitag um weiter und intensiver diskutieren zu können.~

[www.dielinke-vogtland.de](http://www.dielinke-vogtland.de)

**DIE LINKE.**

## DR. ANDRÉ HAHN: GEHEIMDIENSTE AUßER KONTROLLE

ein Insider berichtet

Plauen. Auf Einladung der Genossin und Präsidentin des VFC Plauen Dagmar Baumgärtel, besuchte unser Meißner Bundestagsabgeordneter Dr. André Hahn zusammen mit der Fraktionsvorsitzenden des Plauener Stadtrates Petra Rank, am Nachmittag des 14. Novembers das Vogtlandstadion. Nach einleitenden Worten von Dagmar zu den aktuellen erfreulichen Gegebenheiten im Vereinsleben, wie den vielen guten Spieler\*innen und dem erfolgreichen Nachwuchs, sprach sie auch Missstände an. Besonders schwierig sei die Bürokratie hinter Förderanträgen als auch ehrenamtlich Engagierte zu finden, die beispielsweise im Vorstand mehr Verantwortung übernehmen. Ebenso sei die noch immer schwierige finanzielle Lage, nach der Insolvenz im Jahre 2015, nach wie vor ein Hindernis, um wieder aufsteigen zu können. Neben einem Spendenscheck, die der Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V. dem VFC letztes Jahr überreichte, berichtete Dr. André Hahn auch über die Möglichkeit von Ausbildungsentschädigungen, die greifen wenn ein Spieler unter 23 Jahren, seinen ersten Profivertrag nicht in dem Verein unterzeichnet, der ihn ausgebildet hat. Der Forderung des Bundestagsabgeordneten, dass 2% aller Transfergelder in einen Topf für alle Vereine fließen sollte, stimmte die VFC-Präsidentin zu. Nach dem regen Austausch der Fußballbegeisterten führte Dagmar Baumgärtel die Politiker in der Abendröte durch die Stadionanlage.

Am Abend strömten über 50 Genoss\*innen, Sympathisant\*innen aber auch kritische Interessierte in die Jugendherberge „Alte Feuerwache“ in Plauen. Unter der Überschrift 'Geheimdienste außer Kontrolle – Ein Insider berichtet' fand ein Forum mit Dr. André Hahn statt, welcher seit 2013 in



André Hahn

© Linksfraktion

dem für die parlamentarische Kontrolle der Arbeit der deutschen Geheimdienste BND, Verfassungsschutz und MAD zuständigem Gremium (PKGr) sowie im Innenausschuss vertreten ist. Der Bundespolitiker berichtete über spannende Details im NSA/ BND-Untersuchungsausschuss, die mysteriösen Todesumstände der NSU-Zeugen, aber auch über das Aufenthaltsverfahren des amerikanischen Whistleblowers Edward Snowden und über die jüngsten Vorkommnisse im Verfassungsschutz. Ebenso ging Dr. André Hahn auf das zu beschließende Polizeiaufgabengesetz für den Freistaat Sachsen

ein und warnte vor der damit verbundenen Aushöhlung der Grundrechte. Zum Abschluss lud er die Zuhörer\*innen ein, sich mit diesen wichtigen Themen zu befassen und die für den 16. November angesetzte öffentliche Anhörung der Geheimdienstpräsidenten im Parlamentsfernsehen zu verfolgen.

Karoline Loth



**Für eure Artikel!**

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe  
immer der 15. des Vormonats

Sendet uns eure Beiträge an: [redaktion@dielinke-vogtland.de](mailto:redaktion@dielinke-vogtland.de)





## GESETZENTWURF FÜR WAHLALTER 16

Pfau: Junge Menschen sollen in Sachsen stärker mitreden und mitentscheiden dürfen

Zur ersten Lesung des Entwurfs der Linksfraktion „Gesetz zur Regelung der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen“ (Drucksache 6/14865) erklärt\* Janina Pfau, Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik\*:

„Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife zu berücksichtigen.“ So lautet Artikel 12 Abs. 1 der UN-Kinderrechtskonvention. Dieser Anspruch sollte auch in Sachsen per Gesetz verwirklicht werden. Kinder und Jugendliche müssen am demokratischen Prozess mitwirken können. Bei Wahlen zum Landtag und zu den Kommunalparlamenten sollte das aktive Wahlalter auf 16 Jahre sinken.

Die Studie der Bertelsmann-Stiftung „Wählen ab 16“ stellt fest, dass das Wahlalter 16 ein Baustein sein kann, um Menschen langfristig an demokratische Prozesse heranzuführen. Je früher eine tatsächliche Beteiligung stattfindet, desto stärker ist die langfristige Bindung an die Demokratie. Und das politische Interesse der Jugendlichen steigt – laut der Shell-Jugendstudie von 2015 waren 2002 nur 30 Prozent der Jugendlichen an Politik interessiert - 2015 hatte sich die Zahl auf 41 Prozent erhöht.

Wir wollen, dass in den Kommunen Kinder- und Jugendvertretungen sowie Beauftragte für Kinder und Jugendliche eingerichtet werden. So können sich die jungen Menschen frühzeitig in konstruktiven Auseinandersetzungen üben, Erfolge und positive Effekte erleben. Über die Ausgestaltung der Jugendvertretungen sollen sie selbst entscheiden.

In Österreich können Jugendliche bereits seit 2007 ab 16 Jahren auf Landes- und kommunaler Ebene wählen. In Deutschland haben Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein bereits das Wahlalter gesenkt. Mit dem Wahlalter 16 könnte Sachsen Versäumtes nachholen.

Wir sind gespannt, wie sich die Regierungskoalition zur Forderung positioniert, junge Menschen in Sachsen stärker mitreden und mitentscheiden zu lassen.

*Die komplette Rede gibt es hier <<https://www.linksfraktionsachsen.de/nc/reden/redendetail/news/gesetz-zur-regelung-der-beteiligungs-und-mitbestimmungsrechte-von-kindern-und-jugendlichen-im-frei/>>.*

## ERFREULICH POITIVES ECHO

Am Mi. 14. und Fr. 16. November haben einige Linke am Postplatz Reichenbach und am Mylauer Markt Infostände aufgestellt und Unterschriften für längeres gemeinsames Lernen gesammelt. Wir haben das Bündnis recht gut repräsentiert, denn wir waren gleichzeitig Gewerkschafter von GEW und verdi sowie Mitglieder der Volkssolidarität. Leider haben wir die Listen/Unterschriften nicht exakt ausgezählt, weil einige Listen schon während der Sammlung in die Stadtverwaltung zur Bestätigung gingen und andere mit Unterschriften von Bürgern anderer Städten halbvoll im Bestand verblieben bzw. angefangene Listen von Genossen noch weiterbenutzt wurden. Wenn es keine 100 waren, so waren es doch sehr viele. (Die Zahl war Gegenstand eines innerfamiliären Disputs, denn ich war etwas euphorisch meine Gattin etwas skeptischer). Aber egal! Das Schönste an der Aktion war, daß einzelne Menschen kamen und bekundeten, dass sie extra wegen der Unterschrift zum Stand gekommen wären nach der Ankündigung in der Zeitung. Noch

besser war die Frage einer Verkäuferin, die uns aus ihrem Laden beobachtet hatte und fragte, ob sie auch unterschreiben dürfe. Sie durfte! Sie hat sogar eine Liste mitgenommen, die ausgefüllt eine Woche später zurückkam. Fazit: Die Aktion trifft wirklich den Nerv nicht weniger Mitbürger!

Ulrich Gebhardt



Infostände in Reichenbach und Mylau



# QUALITÄT DER ARBEIT MUSS STEIGEN!

„Die Jubelmeldungen zum Beschäftigungsboom sind unangebracht, denn vielfach stimmt die Qualität der Arbeit nicht. Noch immer müssen über eine Million Beschäftigte zusätzlich mit Hartz IV aufstocken. 2,9 Millionen gehen einem Zweitjob nach. Befristet Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte sind besonders stark von Armut bedroht. Nach wie vor sind viel zu viele Menschen arm trotz Arbeit. Arbeit, von der man leben kann, ist das Maß der Dinge, dafür muss die Politik die Voraussetzungen schaffen. Arm trotz Arbeit darf es nicht länger geben. Daran muss sich die Bundesregierung messen

lassen“, erklärt Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, zum aktuellen Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit. Zimmermann weiter:

„Der Mindestlohn ist zu niedrig, um die vielen armutsgefährdeten Beschäftigten aus der Armutsfalle zu holen. DIE LINKE fordert die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro. Sachgrundlose Befristungen müssen abgeschafft werden. Ein Rückkehrrecht in Vollzeit muss für alle Beschäftigten gelten. Minijobs müssen in sozialversiche-

rungspflichtige Beschäftigung überführt werden. Bezüglich des Ausbildungsstellenmarktes kann es nicht sein, dass zunehmend Arbeitgeber über Fachkräftemangel und fehlende Azubis klagen, gleichzeitig aber so viele Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz leer ausgehen. So gibt es immer noch 24.500 unversorgte Bewerber um Berufsausbildungsstellen. Grundsätzlich brauchen wir einen Rechtsanspruch auf Ausbildung.“~



**\* Nicht berücksichtigt wurden:**

Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II	169.662
Ein-Euro-Jobs	76.738
geförderte Arbeitsverhältnisse	7.165
fremd geförderte Arbeitsverhältnisse	214.964
Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt	15.215
berufliche Weiterbildung	160.093
Aktivierung und berufliche Eingliederung	193.520
Beschäftigungszuschuss für schwer vermittelbare Arbeitslose	1.981
Krankheit (§146 SGB III)	76.617
<b>Nicht gezählte Arbeitslose gesamt</b>	<b>915.955</b>

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt in Deutschland, Monatsbericht, 10/2018

## RICO GEBHARDT MIT 88,7 % ALS SPITZENKANDIDAT NOMINIERT

Acht Schwerpunkte für Landtagswahl vorgeschlagen

Erstmals in ihrer Geschichte führte DIE LINKE Sachsen eine Urabstimmung aller knapp 8.000 Mitglieder zur Bestimmung des Spitzenkandidaten zur Landtagswahl durch. Auch acht Schwerpunkte für die anstehende Wahl wählten die Mitglieder erstmals in einer Mitgliederbefragung aus. Das Verfahren hatte die neue Landesspitze um die Vorsitzende Antje Feiks der Partei vorgeschlagen und wurde vom letzten Parteitag der Sozialisten im August beschlossen.



Rico Gebhardt

© Linksfraktion Sachsen

Als Spitzenkandidat wurde der Erzgebirger Rico Gebhardt nominiert. Er erhielt 88,7 % der gültigen Stimmen und damit sein bestes Partei-Ergebnis auf Landesebene. Es gab 7.756 erreichbare, Stimmberechtigte Mitglieder. Von diesen beteiligten sich 4.052 Mitglieder (52,24 %).

Die Mitglieder gaben zudem ihr Votum ab, welche acht Themen die Schwerpunkte für die anstehende Landtagswahl bilden sollen. Ein humanes

Sachsen und der Kampf gegen Faschismus steht in der Mitgliedschaft weit oben, ebenso soziale Themen wie Wohnen, Pflege und Bildung. Auch der Blick auf die Arbeitswelt wurde mit Forderungen nach gleichem Lohn und gleicher Rente in Ost und West und der Überwindung des Billiglohnlandes Sachsen von den Mitgliedern weit nach oben gewählt. Der Kampf gegen den Klimawandel und für eine sozial-ökologische Politik befindet sich ebenfalls

in den Topthemen der sächsischen LINKEN. Der Landesparteitag am 8. Dezember muss die Schwerpunkte noch beschließen.

Zum Ausgang von Mitgliederentscheid und -befragung erklärt Antje Feiks, Landesvorsitzende von DIE LINKE Sachsen: „Mit 88,7 % hat Rico Gebhardt ein famoses Ergebnis geholt und mächtig Rückenwind durch unsere Mitgliedschaft für die anstehende Wahl. Das Ergebnis zeigt: DIE LINKE in Sachsen steht geschlossen. Das zeigen auch die Ergebnisse der Mitgliederbefragung zu den Themenschwerpunkten. Ein humanes, ökologisch intaktes Sachsen für jung und alt mit guten Löhnen und bezahlbaren Mieten ist das Ziel, für das wir kämpfen werden.“~

Die Acht Thesen finden sind Online zu finden unter: <http://gleft.de/2Ad>



## UN-MIGRATIONSPAKT

ein Schritt hin zu weltweiter sozialer Gerechtigkeit oder Lobbyarbeit für große Konzerne?

"Weltgesellschaftlich gesehen ist das Megathema der nächsten 30 Jahre Ungleichheit, nicht mehr Ökologie und nicht mehr nachhaltige Entwicklung. Weil Ungleichheit alles kreuzt." (Heinz Bude: Gesellschaft orientierungslos?) Dieses Zitat im Neuen Deutschland hat mich schockiert. Macht aber die globale Bedeutung von Flucht und Migration auf erschreckende Weise bewusst.

Während es internationale Übereinkunft ist, Flüchtlingen entsprechend dem Genfer Menschenrechtsabkommen Asyl zu gewähren, wird Migranten, die aus materieller Not, vor Hunger und Existenznot fliehen und in reichen Industrieländern Aufnahme suchen, das Bleiberecht meist verweigert. Denn für Migration gibt es bisher keine weltweite geltende Rechtsgrundlage.

Nun soll im Dezember in der marokkanischen Stadt Marrakesch der "Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration" beschlossen werden. Rechtlich bindend wird der Pakt allerdings nicht sein, nur "politisch verpflichtend", was ja auch schon ein Fortschritt wäre. Zwei Jahre lang haben 192 Länder den Pakt in der UNO verhandelt. Einige dieser Länder stiegen bisher aber bereits aus: die USA, Österreich, Ungarn, Polen, Tschechien, Israel, Kroatien, Bulgarien, Dänemark, Australien.

Am 8. Dezember fand im Bundestag auf Antrag der AfD eine Debatte über den UN-Migrationspakt statt: Typisch, dass die AfD dem Pakt einen Angriff auf die nationale Souveränität, das Rechtsstaatsprinzip und die deutsche Verfassungsordnung unterstellt und behauptet, der Pakt diene lediglich den Interessen der Migranten und berücksichtige nicht die Belange der Aufnahmeländer. Redner von CDU und CSU dagegen wiesen nach, dass der Migrationspakt durchaus im deutschen Interesse liegt, schon weil er anstrebe, dass alle Zielländer gleiche Standards für Grund- und Gesundheitsversorgung der Migranten schaffen. Und weil Deutschland Fachleute braucht! "Wir wollen unterscheiden, wer unseren Interessen entspricht und

wer nicht." Auch der Vertreter der SPD verwies auf die Vorteile, die Immigration dem eigenen Land bringt, dazu bediente er sich eines Vergleichs: 50% der Einwohner der erfolgreichen USA-Wissenschaftsstadt Silicon Valley sind Eingewanderte!

Darin sieht aber Sevin Dagdelen von der LINKEN nun gerade ein Problem: Der Pakt fördert ein sogenanntes Brain-drain (wörtlich: Gehirnabfluss), die Auswanderung von gut ausgebildeten Menschen zu Lasten ihres Heimatlandes! Durch Migration subventionieren schon heute die Länder des armen Südens und Ostens die reichen Länder des Nordens und Westens! Wie viel Geld spart das reiche Deutschland, weil es nicht die benötigte Anzahl von Studienplätzen z.B. für Ärztinnen und Ärzte schafft, sondern lieber gut ausgebildete Mediziner aus armen Ländern einstellt? Die dann dort fehlen! Natürlich profitieren deren Familien und der Handel in deren Herkunftsländern auch vom Geld, das ihre Bürger aus den reichen Ländern nach Hause senden. Dadurch erhalten die Entsendeländer aber nur einen Bruchteil der Kosten zurück, die sie (d.h. ihre Steuerzahler) für deren Ausbildung aufgebracht haben. Und dabei geht es nicht nur um Hochqualifizierte: Der Wirtschaftsjournalist Norbert Häring bringt ein Beispiel aus den USA: "So machten die Überweisungen von Mexikanern aus den USA in ihre Heimat nur ein Drittel dessen aus, was die USA allein an Bildungsausgaben hätten aufbringen müssen, um Arbeitskräfte mit dem Bildungsniveau hervorzubringen, wie es mexikanische Einwanderer aufweisen." (In: Das Migrationsabkommen als letzter Sargnagel für die linken Parteien, 24.10.2018)

Auch in den Zielländern profitieren durchaus nicht alle von der Migration: "Einwanderung aus den EU-Staaten war in den letzten Jahren ein Faktor, der die Lohnsteigerung stark dämpfte", so sogar der Vizechef der Generaldirektion Volkswirtschaft der Bundesbank (zitiert aus: Das Migrationsabkommen als ...).

In der LINKEN ist Konsens, dass Ein-

wanderung nicht dem ökonomischen Nützlichkeitsprinzip folgen darf. Eine Migrationspolitik, die nicht die Ursachen der Migration in den Herkunftsländern beseitigen hilft, die nicht der Entwicklung der Herkunftsländer dient, die zur Erhöhung des Lohndumpings im eigenen Land beiträgt, die also keinen Beitrag zur Bekämpfung der globalen Ungleichheit leistet, darf von Linken nicht unterstützt werden!

*Dr. Dorothea Wolff*

### ZUM INHALT DES UN-MIGRATIONSPAKTS

- Der "Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration" ist 34 Seiten lang und nennt 23 Ziele. Hier der Inhalt von einigen dieser Ziele:
- Faktoren, die die Menschen bewegen, ihr Heimatland zu verlassen, sollen minimiert werden.
- Es ist sicherzustellen, dass alle Migranten eine "rechtliche Identität" nachweisen können und über ausreichende Dokumente verfügen.
- Wege für eine reguläre Migration sollen flexibler und besser verfügbar sein.
- Menschenleben sind zu retten.
- Grenzübergreifend ist die Schleusung von Migranten zu bekämpfen.
- Menschenhandel ist zu bekämpfen und zu beseitigen.
- Ein sicheres und koordiniertes Grenzmanagement ist zu organisieren.
- Migrationsverfahren (Prüfung, Bewertung und Weiterverweisung) sollen rechtssicher und planbar sein.
- Mit Konsulaten soll besser zusammengearbeitet werden.
- Arbeitskräfte sollen fair rekrutiert werden, menschenwürdige Arbeitsbedingungen sind zu gewährleisten.
- Den Migranten sollen Grundleistungen gewährt werden.
- Migranten sind zur Inklusion und zum sozialen Zusammenhalt zu befähigen.
- Diskriminierung soll in allen ihren Formen beseitigt werden.
- In Aus- und Weiterbildung ist zu investieren, Fertigkeiten, Qualifikationen und Kompetenzen sind anzuerkennen.
- Durch Zusammenarbeit soll eine sichere und würdevolle Rückkehr und eine Reintegration ermöglicht werden.
- Die internationale Zusammenarbeit und globale Partnerschaften sollen für eine sichere, geordnete und reguläre Migration gestärkt werden.



© Rico Prauss

## "IN DEUTSCHLAND HERRSCHT KLASSENKAMPF"

Bernd Riexinger über die Vielfalt der heutigen Arbeiterklasse, gemeinsame Interessen und die besondere Aufgabe der Partei DIE LINKE

**Die erste Auflage deines jüngst erschienenen Buchs „Neue Klassenpolitik – Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen“ ist bereits vergriffen. Weshalb trifft das Thema offenbar den Nerv der Zeit?**

Bernd Riexinger: Weil die Diskussion über Klassenpolitik extrem aktuell ist. Beispielsweise haben die beiden BMW-Erben Quandt und Klatten im vergangenen mehr als 1,1 Milliarden Euro Dividende erhalten – mehr als 3 Millionen Euro pro Tag, ohne eigenes Zutun, nur durch Ausbeutung. Gleichzeitig haben 40 Prozent der Bevölkerung – Verkäuferinnen, Fliesenleger, Krankenpflegerinnen – heute weniger Einkommen als vor 20 Jahren. Ganz objektiv: Es herrscht Klassenkampf.

**Ist es noch zeitgemäß, von einer Arbeiterklasse zu sprechen?**

Unbedingt. In Deutschland ist die Klasse der Lohnabhängigen so groß wie noch nie, aber ihre Zusammensetzung hat sich im Laufe der Zeit stark gewandelt. Die Arbeiterklasse ist heutzutage weiblicher und migrantischer, sie ist deutlich häufiger im Dienstleistungsbereich und in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig. Leider ist sie auch gespalten, in Kernbelegschaften und Leiharbeitskräfte, in befristet und unbefristet Beschäftigte, aber auch in Frauen und Männer und in Deutsche und Migranten. Dieser Spaltung müssen wir eine verbindende Klassenpolitik entgegensetzen.

**Was bedeutet verbindende Klassenpolitik?**

Das Konzept der verbindenden Klassenpolitik beschreibt einen Weg für einen linken Aufbruch. Es geht mir darum, den Konflikt zwischen „uns hier unten“ und „denen da oben“ wieder offensiv zu führen und als Gegenentwurf zum Modell der Rechten durchzusetzen, die Deutsche gegen Einwanderer aufhetzen. Es geht darum, dass Menschen mit unterschiedlichen Berufen und Biografien, prekär und nicht prekär Beschäftigte, Menschen unterschiedlicher Herkunft und Hautfarbe gemeinsame Interessen und gemeinsame Gegner erkennen. Dann können wir zusammen politische Auseinandersetzungen führen und gewinnen.

**Wie kommen diese Menschen zusammen?**

Das ist eine zentrale Aufgabe der Partei DIE LINKE: Wir müssen dabei helfen, Auseinandersetzungen und Forderungen zu finden, die die Spaltung überwinden; wir müssen die Kämpfe unterstützen, in denen die Menschen lernen, zusammen für eine Sache einzutreten.

**An welche Auseinandersetzungen denkst du?**

Ich denke zum Beispiel an unsere Bemühungen, die Arbeitswelt wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen: mit höheren Löhnen und unbefristeten Verträgen, mit mehr Mitbestimmung und Wochenarbeitszeiten, die zum Leben passen. Wir müssen aber diese Fragen von Lohn und Kapital verbinden mit den Problemen der Reproduktion, also den gesamten Menschen in den Blick nehmen. Das betrifft den Wunsch nach hochwertigen Kitas und Schulen, nach zuverlässigem Transport mit Bus und Bahn, nach guten Krankenhäusern und günstigen Mietwohnungen. Deshalb führt DIE LINKE zurzeit zwei Kampagnen: für mehr bezahlbaren Wohnraum und gegen den Pflegenotstand. Mit diesen Kampagnen versuchen wir, das Konzept der verbindenden Klassenpolitik in der Praxis umzusetzen. Vom Bodensee bis Rügen ist DIE LINKE in vielen Städten an Bündnissen und Initiativen beteiligt, um unsere Forderungen durchzusetzen. Diesen Ansatz werden wir weiter stärken.

*Bernd Riexinger ist seit 2012 Vorsitzender der Partei DIE LINKE. Zuvor war er jahrelang Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart und gehörte 2013 zu den Initiatoren der Proteste gegen Hartz IV.*

*Bernd Riexinger: Neue Klassenpolitik – Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen, VSA: Verlag, 160 Seiten, 14,80 Euro, ISBN 978-3-89965-827-9*

## MEHR RÜCKGRAT GEFORDERT

Jetzt aktuell, wo gegen rechts umso mehr Rückgrat vom Landrat gefordert ist und eine Demonstration der vom Verfassungsschutz überwachten extrem rechten Partei „Der dritte Weg“ stattfinden soll, wird durch ihn nicht eingeschritten. Das Landratsamt ist der Entscheider über das Gestatten einer Versammlung im öffentlichen Raum. Und wenn eine Gefahr von einer Versammlung ausgeht oder ausgehen kann, und das ist bei einer vom Verfassungsschutz beobachteten, überwachten Partei jederzeit möglich, hat das Landratsamt und damit Herr Landrat Keil das Recht, wenn nicht sogar die Pflicht, eine Versammlung zu untersagen.

Wenn durch eine Parteidemonstration, ganz gleich welcher Gesinnung, durch mögliche rechtswidrige Handlungen der eigenen Mitglieder oder Sympathisanten oder nur aus Gründen der Durchführung der Demonstration rechtswidrige Reaktionen von Gegendemonstranten hervorgerufen werden können, muss eine solche Versammlung untersagt werden, denn es geht davon eine Gefahr für Menschen und Sachwerte also für die Allgemeinheit aus.

Hier kann durch die Auslegung der geltenden Gesetze bis an die Grenze der Rechtsauslegung gegangen werden.

Warum wird durch Landrat Keil diese Demonstration an dem denkwürdigen Datum nicht untersagt? Er könnte es. Er hat die Macht dazu.

Wenn er einen ihm unliebsamen oder vielleicht bei einem Vorhaben störenden Bürgermeister loswerden will, kann er auch bis an die Grenze des geltenden Rechtes oder eventuell darüber hinaus gehen.

Er stellte sogar den parteilosen liberal eingestellten Bürgermeister der Gemeinde Mühlental in die rechte Ecke. Um ihn ruhig zu stellen und damit auszuschalten? Es wurde nie die Echtheit oder der Zusammenhang des ominösen Videos, was zur Suspendierung Krackes durch den Landrat geführt hat, geprüft. Noch dazu ist Kracke gar nicht auf Video zu sehen.

Ausschnitt aus dem Artikel Vogtlandanzeiger 04.08.2018 zur Gemeinde Mühlental: Von Landrat Keil: „Wir hatten zu handeln, ich dulde braune Umtriebe nicht.“

Jetzt muss wirklich in Plauen gehandelt werden! Es kann nicht sein, dass an so einem Tag genau, an dem vor 80 Jahren das Verbrechen an der Menschlichkeit in Deutschland die Überhand hatte, eine Demonstration einer rechtsextremen Partei im Vogtland stattfindet, sogar die Wortwahl von damals aus der NS-Zeit offen auf Flugblätter schreibt und vom Landratsamt nichts dagegen unternommen wird.

Jetzt wo es ratsam und wirklich im allgemeinen Interesse für die öffentliche Sicherheit und Ordnung wäre, alle rechtlich möglichen Schritte gegen mögliche Verfassungsfeinde einzuleiten, unternimmt Keil nichts. Das ist nicht nur sehr kritikwürdig. Es zeugt von keiner guten Haltung. In diesem Fall kann Herr Keil wirklich mal zeigen, dass er Landrat des Vogtlandes ist.

*Jürgen Böhm*

## GEDENKEN

AN

**KARL  
LIEBKNECHT**

UND

**ROSA  
LUXEMBURG**

**Gastrednerin:**

**Gesine Löttsch, MdB**

**19.01.2019**

**11:00 Uhr**

**FALKENSTEIN**

**CAROLA-PLATZ**



Monatlich authentische Informationen  
aus Kuba und Lateinamerika!

**Jetzt abonnieren!**

deutsche Ausgabe  
12 Ausgaben/Jahr  
**ab 18 €**

[www.jungewelt.de/granma](http://www.jungewelt.de/granma)





## DAS ENDE VON 26 IST ERREICHT

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist soweit ihr haltet die letzte Ausgabe des 26 Jahrgangs in euren Händen. Das deutet darauf hin, dass die Weihnachtszeit und der Jahreswechsel vor der Tür steht.

An dieser Stelle darf ich euch im Namen des Kreisvorstandes eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr wünschen.

Ein arbeitsreiches und anstrengendes Jahr 2019 liegt mit Kommunalwahlen und der Landtagswahl vor uns. Aber wenn es so einfach wäre, eine bessere Welt zu bekommen, müsste es uns ja auch nicht geben. Auch die Kommunalwahlen und Landtagswahl sind wenn wir gut abscheiden, Schritte zu einer besseren Gesellschaft. Denn wie heißt es so schön „Revolutionen sind Kämpfe um Reformen!“ also kämpfen wir für Reformen im kleinen wie auch im Großen.

Als Redakteur des Vogtlandboten kann ich mir aber auch nicht verkneifen auf die besondere Situation unserer Kreiszeitung hinzuweisen, in der Dezember Ausgabe 2016 schrieb ich: „[Es]... leben unsere eigenen Medien nur von eurer Zuarbeit. Diese Zuarbeit muss aus der Parteistruktur und aus unseren Fraktionen, vor allem auf Kreisebene erfolgen. Denn ohne Inhalt kann es keine Zeitung geben, egal in welcher Form.“. An dieser Aussage hat sich seit dieser Zeit nichts verändert.

Leider war es auch in diesem Jahrgang so, dass wenige das kompensieren mussten, was viele hätten leisten können. Ein Zustand der auf Dauer auch bei einer 26 Jährigen Tradition keine Tragfähigkeit auf Dauer besitzt. Ändern kann das die Redaktion nicht - nur ihr könnt das.

*Jan Windsich  
für die Redaktion*

## SOLIDARISCHE HILFE FÜR KLEINE PATIENTEN

Die Solidaritätsorganisation Cuba Sí unterstützt eine Intensivstation für Frühgeburten und Problemschwangerschaften in Havanna

In der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“ in Havanna kommen jährlich rund 4000 Kinder zur Welt. Die Intensivstation dieser Klinik ist von nationaler Bedeutung: Hier können Neugeborene mit einem Geburtsgewicht von weniger als 1500 Gramm sowie Säuglinge von Müttern mit bestimmten Vorerkrankungen behandelt werden. Die Intensivstation spielt damit eine wichtige Rolle in dem Bestreben, die Säuglingssterblichkeit in Kuba weiter zu senken. Sie liegt derzeit bei 4,0 pro Tausend Lebendgeburten – ein Spitzenwert in Lateinamerika und vergleichbar mit den Werten in der EU.

Die gute und vor allem kostenfreie medizinische Versorgung in Kuba ist eine der großen Errungenschaften der kubanischen Revolution. Insbesondere den Kleinsten wird in Kuba große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Regierung Kubas betrachtet den freien Zugang zu einer umfassenden medizinischen Versorgung als eines der fundamentalen Menschenrechte.

Aufgrund der seit über 50 Jahre währenden Blockade durch die USA ist es für Kuba nach wie vor sehr schwierig, hochwertige Medizintechnik auf dem internationalen Markt direkt zu kaufen. In den Blockadegesetzen der USA ist unter anderem festgeschrieben, dass Geräte, die mehr als 10 Prozent US-amerikanische Komponenten enthalten, nicht nach Kuba verkauft werden dürfen. Viele medizinische Geräte in der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“ sind heute deshalb veraltet oder defekt.

Cuba Sí will helfen. Mit finanziellen Spenden sollen unter anderem ein Ultraschallgerät, Beatmungsgeräte und Inkubatoren für die Geburtsklinik in Havanna gekauft werden. Schon im Mai dieses Jahres konnten die Cuba Sí-Mitstreiter einen ersten Solidaritätscontainer mit Medizintechnik und medizinischem Verbrauchsmaterial auf die Reise nach Kuba schicken.

Bitte unterstützen auch Sie unsere Solidaritätsaktion für die kleinen Patienten in Havanna.~

*Spendenkonto: DIE LINKE/Cuba Si  
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10  
BIC/SWIFT-Code: BE LA DE BE XXX  
Verwendungszweck: Kuba muss überleben*

*Weitere Informationen zur Solidaritätsarbeit von Cuba Sí unter:  
unter [www.cuba-si.org](http://www.cuba-si.org)*



Ein kleiner Patient in der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“

**Impressum - Der Vogtlandbote**

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: [redaktion@dielinke-vogtland.de](mailto:redaktion@dielinke-vogtland.de). Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.11.2018, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.12.2018. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.